
► **Sicherheit gibt es nicht zum Discountpreis !**
Der Ukrainekrieg zeigt die Kostenwarheit.

Eine lange Friedensperiode und die Früchte der Globalisierung haben Illusionen über Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung genährt!

| Der Angriffskrieg von Putins Russland gegen die Ukraine hat nicht nur (fast) die ganze Welt schockiert und entsetzt, sondern auch viele vermeintlich in Stein gemeisselte Gewissheiten in Frage gestellt, wenn nicht zerbrechen lassen.

Die Welt, wie wir sie lange gekannt haben, ist heute nicht mehr die gleiche: Man muss seit dem Beginn der Ukraine-Invasion immer wieder augenreißend zur Kenntnis nehmen, dass Sicherheit – und damit untrennbar verbunden unsere Freiheit und unser Wohlstand – alles andere als selbstverständlich oder garantiert sind, sondern plötzlich bedroht werden und verschwinden können.

Sicherheit, Freiheit, Demokratie und Wohlstand sind nämlich äusserst kostbare Güter, deren Wert man oftmals erst erkennt, wenn man sie verloren hat.

Und wie kostbar betroffene Menschen Sicherheit, Freiheit und Demokratie einstufen, zeigen jetzt die Ukrainer, die sich mit grosser Tapferkeit, Mut und Entschlossenheit den Aggressoren aus Russland entgegenstellen.

Und was heisst das für uns in der Schweiz?

► **Sicherheitspolitik war bei vielen Menschen verpönt!**

| Seit dem Ende des Kalten Krieges, also seit dem Beginn der 90er-Jahre haben wir uns – in Westeuropa und in der Schweiz – daran gewöhnt, dass wir in Sicherheit und Wohlstand leben, ohne viel dafür bezahlen zu müssen.

Diese Werte sind zur Selbstverständlichkeit geworden, die vermeintlich sogar zum Discountpreis zu haben sind: Die Armee wurde massiv abgerüstet, das Verteidigungsbudget heruntergefahren, die Wehrpflicht stark aufgeweicht und Sicherheitspolitik in der Prioritätenliste der Politiker weit herabgestuft. Auch in der Gesellschaft fand diese Herabstufung der Themen Sicherheit und Armee ihren Niederschlag.

In vielen Kreisen gehört es zum guten Ton, sich nicht mit dem Thema Sicherheit zu beschäftigen und ja nicht Militärdienst zu leisten, sondern stattdessen den Zivildienst zu wählen – und sich dabei erst noch als moralisch überlegen zu fühlen gegenüber denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die es nach wie vor als ihre Pflicht ansehen, Militärdienst zu leisten.

► **Es gibt mehrere Gründe für diese Entwicklung!**

► Tatsächlich gab es in den vergangenen Jahrzehnten – eigentlich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges – keine grossen Kriege mehr in Europa (die Kriege und bewaffneten Konflikte in und um Jugoslawien in den 90er-Jahren gelten zu Recht als Sonderfall), so dass das Bonmot «Wir sind von Freunden umzingelt» aufkam.

► Weiter vertrauten sehr viele Menschen, Politiker und Wirtschaftsführer, Wissenschaftler und Medien auf das Konzept des Wandels durch Handel oder zugespitzt formuliert, auf die Maxime Frieden sichern durch Handel. Dahinter steckt die Vorstellung, dass Länder, die – durch die Globalisierung – wirtschaftlich eng miteinander verflochten sind, gar kein Interesse mehr an Krieg haben können, da dann zu viel auf dem Spiel stünde und zwar für alle.

► Weiter hat sich die Gesellschaft stark verändert, man spricht vom postmateriellen Graben: Auf der einen Seite sind diejenigen Menschen, welche aus den Erfahrungen des letzten Weltkrieges heraus grossen Wert auf materielle und immaterielle Sicherheit legen und für eine starke Armee eintreten, während auf der anderen Seite diejenigen Menschen stehen, die vor allem auf individuelle Selbstverwirklichung setzen und alles andere diesem Ziel unterordnen.

► Diese Entwicklung begünstigt hat wiederum die Globalisierung, welche Effizienz und Kosteneinsparungen zugunsten von Mehrkonsum zu einem Glaubensbekenntnis macht. Die Verlagerung der Produktion von wichtigen Gütern (wie Grundstoffe für die Medikamente oder Düngemittelproduktion) oder der Verzicht auf Lagerhaltung durch den Aufbau von ausgeklügelten, aber äusserst verletzlichen Lieferketten, sind die Folgen davon.

► Und vor allem: Man hat sich gewaltig getäuscht in den wahren Absichten von gewissen anderen Akteuren der Globalisierung, so bei China und Russland.

► Freiheit oft nur für Wirtschaft, nicht aber für Gesellschaft!

| Diese Vorstellung des Wandels durch Handel ist sicher nicht völlig falsch, er funktioniert beispielsweise in Europa seit Jahrzehnten sehr gut.

Doch sie stimmt im Falle von Russland und China nicht. Diese beiden Staaten liessen sich sehr wohl und gerne in die Globalisierungsprozesse einbinden, was allen beteiligten Volkswirtschaften grossen Aufschwung brachte und Wohlstandsgewinne bescherte.

Doch gleichzeitig übersahen die westlichen Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft einen ganz wichtigen Aspekt: Die autoritären Staaten bedienen sich sehr gerne einer liberalen Weltwirtschaftsordnung mit freiem Handel, schotten aber gleichzeitig ihre Gesellschaften von äusseren Einflüssen, wie freiheitlich-liberales Menschenbild, Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit vollkommen ab und – das ist vielleicht auch das Wichtigste – sie nutzten den Wohlstandsgewinn primär, um militärisch aufzurüsten zum Zweck, ihre Sicht der Dinge global durchzusetzen.

Und das ist das Konzept von autoritären von der Obrigkeit gelenkten Systeme, in denen eine selbsternannte Minderheit respektive eine Partei allein festlegt, was für die Menschen gut und schlecht ist.

Kann man in diesem Zusammenhang China noch attestieren, dass es damit seine riesige Bevölkerung ernähren und beschäftigen will, so muss nüchtern festgestellt werden, dass es im Falle Russlands nichts dergleichen gibt.

Hier dient das autoritäre Modell nur der Sicherung der Herrschaft einer kleinen Clique von Kleptokraten und mit ihnen verbundenen skrupellosen habgierigen Oligarchen.

Es geht keinesfalls um das Wohl des Volkes, sonst müssten die Russen – gemessen an ihren natürlichen Ressourcen – zu den global wohlhabenderen Menschen gehören.

Eingebettet wird dieser Autoritarismus in Russland in eine obskure religiös verbrämte Ideologie von einem «ursprünglichen und gesunden Russentums», das sich gegen den «dekadenten Westen» und seine zersetzenden Kräfte wehren muss.

► Die Kosten der Sanktionen sind der Preis für die Sicherheit!

| Und nun stehen wir in der Schweiz vor den Trümmern einer Weltvorstellung, die uns in den vergangenen Jahrzehnten zwar viel Wohlstand und fast unendlich viel Bequemlichkeit gebracht hat.

Viele Illusionen sind zerbrochen, denn letztlich haben nur wenige die Frage nach dem Preis für diesen Wohlstand und diese Bequemlichkeit gestellt. Und dieses Preisschild respektive diese Preisschilder werden jetzt sichtbar. Über das eine Preisschild ist schon lange die Rede, nämlich in Form der Umweltzerstörung und des Klimawandels.

| An das andere Preisschild haben die meisten von uns nicht einmal ansatzweise gedacht, an den Preis der Sicherheit, der Grundlage unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und letztlich auch unserer Wohlfahrt.

Wer von Sicherheit spricht, denkt zunächst an Polizei und Armee. Ja, bei der Armee hat man massiv gespart, man hat, wie schon erwähnt, unter dem Stichwort der «Friedensdividende» überall abgebaut. Die Schweizer Armee wäre heute nicht in der Lage, die Schweiz zu verteidigen. Das hat auch Armeechef Thomas Süssli einräumen müssen.

Zugegeben, eine stärkere Armee hätte die Ukraine-Invasion nicht verhindert, aber ein insgesamt gut gerüstetes Europa (inklusive die Schweiz) hätte vielleicht die gigantische Fehlkalkulation Putins verhindert, die davon ausgegangen ist, Europa sei so schwach und dekadent und darum zu energischen Gegenreaktionen nicht fähig.

In der Ukraine geht es nicht nur um die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukrainer selber, sondern um die völkerrechtliche Friedensordnung in Europa mit garantierten und stabilen Grenzen und um die Freiheit der einzelnen Staaten, ihre politische und gesellschaftliche Ordnung und Zukunft selber zu bestimmen. Dieses Recht wird den Ukrainern von Putin abgesprochen.

Dass der Westen und mit ihm die Schweiz dieses strenge Sanktionsregime aufgezogen haben, so ist dies im Augenblick das Einzige, was getan werden kann, ohne einen Flächenbrand zu entfachen. Diese Sanktionen treffen nicht nur Russland, sondern werden auch Auswirkungen auf die Schweiz in Form von Verknappungen und Preissteigerungen haben. Auch wird die Unterbringung und Betreuung von Zehntausenden von Flüchtlingen viel Geld und Ressourcen kosten.

Darum ist es sehr wichtig, dass wir uns ganz klar vor Augen führen, dass diese Kostensteigerungen und Aufwendungen der Preis sind, den wir in der Schweiz und im Westen dafür bezahlen müssen, um unsere freiheitlich-demokratischen Vorstellungen, unsere Unabhängigkeit und unseren Wohlstand zu verteidigen. Die Ukrainer verteidigen genau diese Werte, müssen aber einen ungeheuren Blutzoll und unvorstellbare Zerstörungen in Kauf nehmen.

► Ein mehrfacher Weckruf!

| Der Ukrainekrieg ist ein mehrfacher Weckruf. Er ruft uns in Erinnerung, dass

- ▶ Sicherheit, Unabhängigkeit, Freiheit und Rechtsstaat nicht einfach garantiert sind und auch nicht zum Discountpreis zu haben sind. Sie müssen nicht nur dauernd eingefordert, sondern auch verteidigt werden – notfalls auch mit der Waffe.
- ▶ die Zeit der Nonchalance gegenüber dem Thema Sicherheit und Verteidigung vorbei ist, dass also Sicherheitspolitik, Armee, Verteidigungsausgaben und allgemeine Wehrpflicht wieder weit oben in der Traktandenliste aufgeführt werden müssen.
- ▶ es Zeit ist, die Abhängigkeiten unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft von wenigen Rohstoff- und Energielieferanten, aber auch von wenigen Anbietern von Vorprodukten zu überprüfen. Auf ausgeklügelte Lieferketten zu setzen genügt nicht mehr. Es braucht robustere Verbindungen und mehr Lagerhaltung. Das Primat der Kosteneffizienz ohne Sicherungsnetze ist zu überdenken.
- ▶ in der Beurteilung der geostrategischen Wirklichkeit mehr Realitätssinn einkehren muss und gewisse Vorstellungen, die letztlich einem sozialistisch-naiven Weltbild entspringen, überdacht werden müssen, wenn einige wenige Akteure die Spielregeln nach eigenem Gutdünken auslegen.



Ludwig Loretz

15.05.2022